



24.2.2011

## **Lebach hat ein Existenzproblem Vorschläge der SPD zur Konsolidierung der städtischen Finanzen**

**Die Haushaltslage der Stadt Lebach könnte kaum schlechter sein. Dies zeigt uns eindrucksvoll die heute von der Stadt vorgelegte Bilanz für das Jahr 2008. Aktuell belaufen sich die Kreditverbindlichkeiten der Stadt, unter Berücksichtigung der des Eigenbetriebes „Bäder“, der Zweckverbände und Gesellschaften bereits auf 90 Millionen Euro. An der Diagnose gibt es nichts zu deuteln. Die Stadt hat ein Existenzproblem. Die Schulden bedrohen die Handlungsfähigkeit der Stadt. Die Gesamtverschuldung der Stadt nähert sich bedrohlich der Zahl von 100 Millionen Euro. Der Ausblick auf die künftige Entwicklung zeigt uns, dass das Eigenkapital der Stadt dramatisch sinkt und spätestens im Jahr 2013 eine bilanzielle Überschuldung droht, die einer Insolvenz gleichkommt.**

**Für alle Verantwortlichen der Stadt besteht daher enormer Handlungsdruck. Je länger das Verschuldungsproblem ungelöst bleibt, desto teurer wird es. Die aktuelle Tiefzinsphase täuscht darüber hinweg, dass in der hohen Verschuldung der Stadt eine tickende Zeitbombe steckt. Sobald sich die Zinssätze wieder normalisieren, werden die Schuldendienstleistungen drastisch steigen.**

**Die Frage die sich uns dabei stellt ist, wie konnte es zu der Finanzkrise der Stadt Lebach kommen, wer trägt die Schuld? Wo liegt die Lösung?**

**Ein Problem sehen wir darin, dass den Kommunen in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übertragen wurden. Vieles was man sich in Brüssel, Berlin oder in Saarbrücken ausdenkt, landet**



letzten Endes bei den Kommunen. Die zusätzlichen Aufgaben, mit denen sich Bundes- und Landespolitiker profilieren, werden den Kommunen übertragen, ohne für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Also mussten sie sich weiter verschulden. Damit aber nicht genug. Seit Jahren wird der kommunale Finanzausgleich vom Land als Verschiebeparkplatz missbraucht. Beiträge in dreistelliger Millionenhöhe wurden dem kommunalen Finanzausgleich in den letzten Jahren zur Konsolidierung des Landeshaushaltes entnommen, was folglich zu erheblichen Mindereinnahmen bei den Kommunen führte. Neues Unheil droht den Kommunen durch den Landeshaushalt 2011, der Ausgabenkürzungen in Höhe von 100 Millionen Euro vorsieht. Für die Stadt Lebach werden sich die Einnahmen aus der Schlüsselzuweisung in diesem Jahr gegenüber dem Jahr 2010 um 1,6 Millionen Euro verringern. In dieser Situation noch an eine spürbare Verbesserung durch die vom Bund den Kommunen in Aussicht gestellte Gemeindefinanzreform zu glauben, führt in die Leere.

Teilweise lösen könnte man die Finanzprobleme sehr wohl, wenn der Gesetzgeber bereit wäre, eine Vermögenssteuer einzuführen, die bei unseren Nachbarn der OECD im Durchschnitt 3,8 Prozent beträgt. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hat dazu einmal die Vermögensverhältnisse in der Stadt Hamburg untersucht und folgendes festgestellt: Eine Abgabe von nur einem Prozent und festgestellten 40 Milliarden Euro Vermögen der 10 Milliarden der Stadt würden Mehreinnahmen von 400 Millionen Euro bedeuten. Und das sind die 20000 Vermögensmillionäre der Stadt noch nicht mitgerechnet. Die Einführung der Vermögenssteuer hätte auch für die Kommunen erhebliche Mehreinnahmen zur Folge, da diese über den kommunalen Finanzausgleich mit etwa 20 % an den Einnahmen der Länder partizipieren. Für das Saarland liegen vergleichbare Berechnungen leider nicht vor.



**Unter diesen politischen Vorgaben wird kein vernünftiger Mensch ernsthaft bestreiten, dass in der Stadt Lebach weiter gespart werden muss. Über diesen Weg allein wird der „Patient“, da sind wir uns alle einig, so schnell nicht genesen. Für unsere Fraktion stellt sich in dieser Situation die Frage, kann dies immer so weitergehen oder gibt es doch Wege die uns aus dem Finanzdebakel der Stadt führen?**

**Um die katastrophale Finanzlage der Stadt wieder ins Lot zu bringen sind aus unserer Sicht, neben einem strikten Sparkurs, insbesondere zwei Aufgaben von Bedeutung: Eine verbesserte Wirtschaftsförderung und eine verstärkte kommunale Zusammenarbeit. Dieser kommt immer mehr Bedeutung zu, da verschiedene Entwicklungen zusammentreffen: Rückläufige Einwohnerzahlen, zu kleinteilige Verwaltungseinheiten und die desolate Finanzlage zwingen die Kommunen zur Straffung ihrer Behördenstrukturen und zu grundlegenden Verwaltungsstrukturen. Öffentliche wie private Akteure fordern daher seit Jahren eine bessere Zusammenarbeit im kommunalen Kontext. Hier darf kein Aufgabengebiet außen vorbleiben. Getan hat sich im Saarland bisher wenig. Dies gilt auch für die Stadt Lebach.**

**Wir fordern daher die Verwaltung auf zu prüfen ,welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden bestehen.**

**Der Wirtschaftsförderung, gestaltet von der Stadt Lebach, kommt, zur Lösung der Finanzprobleme eine tragende Rolle zu. Ihre Aufgabe besteht in erster Linie darin, durch lokale Standortbedingungen das Investitionsklima für Handwerker und Dienstleister zu verbessern und durch eine gezielte Ansiedlungspolitik Arbeitsplätze zu ermöglichen und zu erhalten. Diese stärkt nicht nur mittelfristig**



**die Investitionskraft, sie verbessert auch die Steuerkraft der Stadt Lebach, die zu den schwächsten innerhalb der Kommunen des Landkreises Saarlouis gehört. In dieser Situation wäre es unredlich, allein den Bund und das Land für die dramatische Finanzsituation verantwortlich zu machen. Die Stadt hat es in der Vergangenheit versäumt, entsprechende Impulse für den Wirtschaftsstandort Lebach zu setzen, um in der Zukunft finanziell besser bestehen zu können. Die Investitionstätigkeit in den letzten Jahren war keine Erfolgsgeschichte. Wir haben viel zu lange den Schleier über die Probleme der Stadt gelegt. Ich denke, wir müssen in den nächsten Jahren erheblich nacharbeiten, um das Versäumte nachzuholen.**

**Aufgrund der derzeitigen guten wirtschaftlichen Entwicklung sind die Chancen dazu besonders gut. Lebach hat auch deshalb Nachholbedarf, wenn es darum geht, sich gegen andere Kommunen zu behaupten, sich als dynamische, vorwärts denkende Stadt darzustellen.**

**Das vorrangige politische Ziel muss es daher sein, über die Ansiedlung neuer Betriebe die gewünschte Konsolidierung des Haushaltes und den Abbau der Schulden der Stadt mittelfristig zu erreichen. Künftige Ansiedlungserfolge werden dann erzielt, wenn die Voraussetzungen optimal sind und erschlossene Flächen mit möglichst guter Verkehrsanbindung zur Verfügung stehen.**

**In diesem Zusammenhang möchten wir auf den Beschluss des Stadtrates vom 04.12.2008 hinweisen, wonach die Verwaltung aufgefordert wurde, die planerischen Voraussetzungen für die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes an der B 269, Nähe Autobahnmeisterei, zu schaffen. Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung in der nächsten Stadtratssitzung über das bisher Veranlasste zu berichten.**



**Menschen gehen vor.**

**SPD**

Stadtratsfraktion Lebach

**Ein konsequenter Konsolidierungskurs ist ohne Alternative. Es geht darum, die dauerhafte Aufgabenerfüllung der Stadt sicherzustellen. Haushaltskonsolidierung hat deshalb immer und unmittelbar zu tun mit der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen.**

**Was Lebach dringend benötigt, ist eine Aufwertung des Industriestandortes. Die Stadt muss daher alle Chancen nutzen, ihre Attraktivität zu stärken.**

**Wir sind uns alle darüber, dass die Stadt auf ewig nicht mehr Geld ausgeben kann, als sie hat.**

**Um aus der Schuldenfalle wieder herzukommen, benötigt Lebach dringend mehr Gewerbe- und Industrieansiedlungen. Die SPD-Fraktion sieht hier den Schlüssel für eine nachhaltige Konsolidierung der städtischen Finanzen.**

**Friedel Kühn**